

Peter Malama
Nationalrat Basel-Stadt
Oscar Frey-Strasse 14
4059 Basel

**An die Mitglieder der
- Basler FDP
- LDP Basel-Stadt sowie
- Freunde und Bekannte**

Basel, 22. Dezember 2009

Bericht zur Wintersession 2009 von Peter Malama

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Basler FDP
Geehrte Mitglieder der LDP Basel-Stadt
Werte Damen und Herren
Liebe Freunde und Bekannte

Wie immer in der Wintersession befassten sich die eidgenössischen Räte mit dem **Voranschlag des Bundes** für das kommende Jahr. Erfreulicherweise konnten wir im Budget 2010 – trotz eines Minus von 2,5 Mia Franken - die Schuldenbremse einhalten. Der **Finanzplan 2011-2013** sieht allerdings noch schlechter aus; Sparmassnahmen sowie Entlastungsprogramme werden nötig sein.

Neben den Bundesfinanzen beschäftigte die Parlamentarierinnen und Parlamentarier vor allem das Abstimmungsergebnis vom 30. November. Die **Annahme der Minarettverbots-Initiative** führte zu angeregten Diskussionen. Leider hatten diese meistens nichts mit der zentralen Frage zu tun, nämlich: Wie manifestiert sich der Islam in der Schweiz? Welches sind die Probleme, die sich daraus möglicherweise ergeben? Um künftig zielorientierte Diskussionen führen zu können, bedarf es nun eines umfassenden, fundierten **Grundlagenberichts zur Situation der Muslime und des Islams** und ihre Wirkung auf die Mehrheitsgesellschaft in der Schweiz. Einen solchen Bericht habe ich per Postulat vom Bundesrat eingefordert.

Nach der chaotischen und widersprüchlichen Kommunikation des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport in diesem Herbst habe ich zudem im Namen der Fraktion eine Interpellation eingereicht, welche Aufklärung über den längst fälligen **Sicherheitspolitischen Bericht** des VBS fordert. In der Fragestunde habe ich dem Bundesrat zudem zwei Fragen, die aus der Basler KMU-Wirtschaft an mich herangetragen wurden, weitergeleitet: Die eine betraf die Vergabe von Druckaufträgen ins Ausland durch die POST; die andere die Schlechterstellung bei der Arbeitslosenversicherung von Unternehmer-Ehepartnern, die beide im eigenen Geschäft angestellt sind. Besonders bei der zweiten Frage befriedigte die Antwort des Bundesrates in keiner Weise, so dass ich dieses Thema im nächsten Jahr wieder aufgreifen werde.

Befriedigt war ich hingegen über einen Erfolg auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien. Bei der Behandlung der Wasserzinsen im Nationalrat ist es gelungen, den **Preiszuschlag für die Einspeisevergütung** für Strom aus erneuerbaren Energien auf maximal 0,9 Rappen zu erhöhen. Damit kann in Bälde mehr Geld für die dringend nötige Förderung dieser Energien zu Verfügung stehen. Dies liegt im Interesse der regionalen und nationalen Wertschöpfung.

Schliesslich bin ich erleichtert, dass es dem Rat gelungen ist, das neue **Kulturförderungsgesetz** noch in diesem Jahr unter Dach und Fach zu bringen. Damit sind die kulturpolitischen Leitlinien des Bundes sowie die Instrumente zur Steuerung der Kulturförderung - auch jener im Kanton Basel-Stadt - umfassend und in einem Gesetz geregelt. Dies erleichtert künftig die Kompetenzabgrenzung zwischen dem Bund und den hauptsächlich zuständigen Kantonen und Gemeinden.

Weitere Details zu den wichtigsten Geschäften der Herbstsession finden Sie in der Auflistung im Anhang. Sollten Sie Fragen, Bemerkungen oder ein Anliegen haben, so kontaktieren Sie mich bitte per Tel. 061 227 50 50 oder e-mail p.malama@gewerbe-basel.ch.

Ich danke Ihnen für die Zeit, die Sie dieser Lektüre widmen und freue mich, Sie und seit der Herbstsession auch die Mitglieder der LDP Basel-Stadt, weiterhin über meine politische Arbeit auf nationaler Ebene auf dem Laufenden halten zu dürfen. Eines sei an dieser Stelle wiederholt: Ich gehe immer wieder mit Freude und Engagement in die Session. Einerseits um eidgenössische Politik zu gestalten, andererseits und vor allem aber, um unsere ureigenen **Basler Interessen** zu vertreten und Anliegen voranzubringen. Hier gibt es noch viel zu tun, denn unsere Region wird aus meiner Sicht in und von Bern noch viel zu wenig wahrgenommen. Es fehlt an einem strategisch durchdachten, regional abgestützten und abgestimmten Lobbykonzept, was unsere Arbeit in den nationalen Räten erschwert.

In diesen Tagen neigt sich ein turbulentes Jahr dem Ende zu. Es hat viele Menschen vor besondere wirtschaftliche Herausforderungen oder unerwartete persönliche Prüfungen gestellt. Diese lassen uns immer wieder bewusst werden, dass es neben Arbeit und Politik auch noch andere Werte gibt, die es zu pflegen gilt. Dafür wünsche ich Ihnen und Ihren Angehörigen in den kommenden Fest- und Feiertagen genügend Zeit und anschliessend einen schwungvollen und optimistischen Start ins neue Jahr.

Ihr


Peter Malama

Wintersession 2009

1) Vereinigte Bundesversammlung

- **Bundespräsidium gewählt:** Die Vereinigte Bundesversammlung wählte Bundesrätin Doris Leuthard mit 158 von 183 gültigen Stimmen zur neuen Bundespräsidentin. Neuer Vizepräsident ist Bundesrat Moritz Leuenberger. Er erzielte nur 128 von 187 gültigen Stimmen: ein sehr mageres Resultat.
- **Richterwahlen:** Die Vereinigte Bundesversammlung hat Thomas Stadelmann (CVP) mit 169 von 194 gültigen Stimmen zum neuen Bundesrichter gewählt. Er ersetzt den im März 2010 zurücktretenden Robert Müller (CVP). Des Weiteren hat die Bundesversammlung zwei bis Oktober 2011 befristete Stellen am Bundesverwaltungsgericht besetzt. Diese wurden bewilligt, um damit die Beschwerden im Zusammenhang mit dem Amtshilfesuch der USA in der UBS-Steueraffäre bewältigen zu können. Die Bundesversammlung wählte Daniel de Vries Reilingh (SP) sowie Charlotte Schoder (CVP) in diese Ämter.

2) Geschäfte beider Räte

- **Budget 2010 und Nachtrag 2009 genehmigt:** Der Ständerat beugte sich als Erstrat über das Budget 2010 und hiess dieses einstimmig gut. Gegenüber dem Bundesrat nahm die kleine Kammer nur wenige Änderungen vor. So erhöhte der Rat die Mittel für die Denkmalpflege und reduzierte die budgetierte Steigerung des Personalaufwands der Bundesverwaltung um ein Prozent (40 Millionen Franken). Während das Budget im Ständerat zu relativ wenigen Diskussionen Anlass gab, debattierte der Nationalrat während über 14 Stunden das Budget. Die Volkskammer schuf dabei einige Differenzen zum Ständerat. So reduzierte die grosse Kammer – entgegen dem Willen unserer FDP-Liberalen Fraktion – die Mittel für eine Public-Affairs Kampagne von Präsenz Schweiz in den USA. In der zweiten Runde der Differenzbereinigung folgte der Ständerat grösstenteils den Anträgen des Nationalrats. So wurden unter anderem die Beraterhonorare im Departement für Umwelt, Verkehr, Kommunikation und Energie (UVEK) reduziert. Beim Kredit für das Bundespersonal schloss sich der Nationalrat dem Ständerat an und kürzte den Kredit um 40 Millionen Franken.
- Das Budget sieht nach den Beartungen im Parlament Einnahmen von 58,2 Milliarden Franken sowie Ausgaben von 60,7 Milliarden Franken vor. Daraus resultiert ein Defizit von 2,5 Milliarden Franken. Damit werden die Vorgaben der Schuldenbremse eingehalten, was für unsere Fraktion FDP-Liberale die Bedingung für die Unterstützung des Budgets war. Der Nationalrat hat des Weiteren eine Motion der SP-Fraktion, welche die Schuldenbremse ausgehebelt hätte, klar abgelehnt (mit 114 zu 58 Stimmen). Angenommen wurde hingegen ein Nachtragskredit zum Budget 2009 im Umfang von 450 Millionen Franken. Darunter befinden sich 84 Millionen für Massnahmen gegen die Grippe-Epidemie. Dieser Budgetposten wurde von links und rechts kritisiert. Dennoch stimmte der Nationalrat dem Nachtragskredit mit 131 zu 36 Stimmen deutlich zu.
- **Finanzplan 2011-2013 mit düsteren Zahlen:** Neben dem Budget wurde der Finanzplan 2011-2013 zur Kenntnis genommen. Gemäss den Prognosen steigen die Defizite in den Jahren 2011-2013 auf jeweils über 4 Milliarden Franken an. Der Korrekturbedarf gemäss Schuldenbremse beträgt somit zwischen 2,5 Milliarden (2011) und 4 Milliarden Franken (2013). Hauptursache ist das Ausgabenwachstum, das deutlich über dem prognostizierten Einnahmenwachstum liegt. Sofern keine Gegenmassnahmen ergriffen werden, werden unabhängig vom Konjunkturverlauf Defizite anfallen, die nicht der Schuldenbremse entsprechen. Darum ist es besonders wichtig, dass das Reformprojekt Aufgabenüberprüfung konsequent vorangetrieben wird. Unsere Fraktion FDP-Liberale hat hierzu einen Vorstoss eingereicht, in welchem der Bundesrat aufgefordert wird, bis März 2010 eine Verzichtsplanning im Umfang von mindestens 2,5 Milliarden Franken vorzulegen.
- **Massnahmenpaket im Gesundheitswesen:** Der Ständerat hat in der Wintersession die vom Nationalrat in der Herbstsession beschlossenen dringlichen Massnahmen beraten. Dabei

beschloss der Ständerat, aus den dringlichen und befristeten Massnahmen eine ordentliche Revision zu machen sowie eine Managed-Care Vorlage vorzulegen. In einigen Punkten ist der Ständerat dem Nationalrat gefolgt. Wie der Nationalrat verzichtet auch der Ständerat mit 22 zu 17 Stimmen darauf, die Kantone im ambulanten Bereich tätig werden zu lassen. Auch sollen keine zusätzlichen Prämienverbilligungen verteilt werden. In einigen anderen Punkten wich der Ständerat aber von der Linie des Nationalrats ab. Ein Obligatorium für einen 24-Stunden-Telefondienst wurde mit 27 zu 12 Stimmen abgelehnt. Bei den Medikamentenpreisen entschied sich die kleine Kammer für ein weitergehendes Substitutionsmodell als dasjenige des Nationalrats. Im Sinne von Bundesrat Didier Burkhalter entschied der Ständerat, einen Teil der Vorlage auszugliedern, um diesen mit der im Nationalrat hängigen Managed-Care-Vorlage zu verbinden. In diesem Teil der Vorlage sprach sich der Ständerat deutlich (mit 20 zu 6 Stimmen) für einen differenzierten Selbstbehalt aus. Wer sich nicht einem Managed-Care- oder Hausarzt-Modell anschliesst, soll statt der heutigen 10 neu 20 Prozent Selbstbehalt bezahlen.

- Im Differenzbereinigungsverfahren hielt die grosse Kammer entgegen dem Beschluss des Ständerats und entgegen dem Willen von uns FDP-Liberalen an der Dringlichkeit fest, womit die Massnahmen bis 2013 befristet wären. Dementsprechend belies der Nationalrat auch die Massnahmen zum differenzierten Selbstbehalt in den Sofortmassnahmen, statt sie in die Managed-Care-Vorlage auszugliedern. Im Sparpaket verbleiben somit fünf Massnahmen mit einem Sparpotenzial von rund 240 Millionen Franken. Angesichts der Beschlüsse des Nationalrats entschied der Ständerat, die Differenzen bei den Sofortmassnahmen nicht mehr in der Wintersession zu beraten. Die Vorlage wird nun – zusammen mit der in der nationalrätlichen Kommission hängigen Managed-Care-Vorlage – in der Frühlingssession 2010 fertig beraten.
- **Kulturförderungsgesetz bereinigt:** Das neue Kulturförderungsgesetz ist endlich bereinigt. In der Wintersession wurden die letzten Differenzen ausgeräumt. Dabei haben wir uns im Nationalrat bei der Aufgabenteilung zwischen dem Bundesamt für Kultur und der Stiftung Pro Helvetia dem Ständerat angeschlossen. Verzichtet wird auch auf die spezielle Erwähnung der „Volkskultur“. Die strategischen Ziele von Pro Helvetia werden vom Bundesrat festgelegt. In der letzten Differenz schloss sich der Ständerat dem Nationalrat an. Dabei ging es um die Koordination der kulturellen Engagements im Ausland.
- **Gegenentwurf zur Renaturierungsinitiative bereinigt:** Der indirekte Gegenvorschlag zu der vom Fischereiverband lancierten Volksinitiative „Lebendiges Wasser“ ist von den Räten verabschiedet worden. Der Ständerat hat diskussionslos die letzten Differenzen zum Nationalrat ausgeräumt. Die Revision bezweckt einen Kompromiss zwischen dem Schutz und der Nutzung der Gewässer. Die Finanzierung erfolgt aus allgemeinen Steuermitteln und einem Strompreiszuschlag von 0,1 Rappen pro Kilowattstunde. Die Initiative wurde bereits früher von beiden Räten zur Ablehnung empfohlen. Angesichts des Gegenvorschlags wollen die Initianten ihr Volksbegehren zurückziehen.
- **Erhöhung der Fraktionsbeiträge:** Der Nationalrat hatte in der Herbstsession die Beiträge an die Fraktionen um rund 900'000 Franken angehoben. Die Erhöhung lässt sich durch die zunehmende Komplexität und Beschleunigung der politischen Prozesse und die gestiegenen Anforderungen an die Gesetzgebungsarbeit begründen. Der Ständerat hat diese Beiträge in der Wintersession entgegen dem Willen unserer Fraktion deutlich erhöht (um jährlich 2,6 Millionen Franken). Der Nationalrat folgte in der Differenzbereinigung der kleinen Kammer und sprach sich mit 98 gegen 75 Stimmen für die Erhöhung der Beiträge aus.
- **Anpassung des Waffenrechts:** Im Rahmen der Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes muss das schweizerische Waffenrecht angepasst werden. Im Nationalrat hielten wir im Differenzbereinigungsverfahren zwei Mal an der Position fest, wonach der Verleih von Sportwaffen durch Schützenvereine nicht bewilligungspflichtig sein soll. Zudem sollten nicht markierte Waffen nur beim grenzüberschreitenden Verkehr, nicht aber im Inland beschlagnahmt werden können. In der Einigungskonferenz setzte sich aber letztlich die Position des Ständerats durch. Demnach brauchen erwachsene Schützen, die eine Waffe ausleihen, einen Erwerbsschein und nicht korrekt markierte Waffen können auch im Inland beschlagnahmt werden. Der Nationalrat stimmte dem entsprechenden Antrag der Einigungskonferenz mit 107 zu 57 Stimmen zu.

3) Nationalrat

- **Nationalratspräsidium gewählt:** Der Nationalrat hat mit 174 von 182 gültigen Stimmen Pascale Bruderer (SP / AG) zur Nationalratspräsidentin gewählt. Zum ersten Vizepräsidenten wurde Der Fraktionskollege Jean-René Germanier (FDP / VS) gewählt. Auch er erzielte mit 170 von 177 gültigen Stimmen ein Spitzenresultat. Germanier wird turnusgemäss im Jahr 2011 (Wahljahr) das Präsidium übernehmen. Neuer zweiter Vizepräsident ist Hansjörg Walter (SVP / TG). Er erhielt 149 von 165 gültigen Stimmen.
- **Schulterschluss bei der Arbeitslosenversicherung:** In der vorberatenden Kommission war die Revision der Arbeitslosenversicherung noch an einer unheiligen Allianz gescheitert. Im Nationalratsplenum war die Situation anders. Die bürgerlichen Fraktionen verständigten sich auf eine reduzierte Beitragserhöhung und versetzten damit SP und Grüne in die Minderheit. Der Rat trat mit 126 zu 60 Stimmen auf die Vorlage ein. Die Arbeitslosenversicherung soll gemäss dem Willen des Nationalrats auf der Ausgabenseite um rund 700 Millionen Franken, auf der Einnahmenseite um rund 650 Millionen Franken verbessert werden. Der Rat beschloss, dass unter 30-Jährige auch Arbeiten annehmen müssen, die nicht ihrer bisherigen Qualifikation entsprechen. Die umstrittenste Differenz zum Ständerat schuf der Nationalrat bei der Höhe der Taggelder. Mit 93 zu 88 Stimmen hiess die grosse Kammer einen Antrag des Fraktionskollegen Johann Schneider-Ammann (FDP / BE) gut, wonach die Entschädigung nach einem Jahr (260 Tage) um 5 Prozent und nach 330 Tagen nochmals um 5 Prozent gekürzt wird. Bei der Bezugsdauer schloss sich der Nationalrat den Beschlüssen des Ständerats an. Auf der Beitragsseite beschloss der Nationalrat eine Erhöhung der Beiträge von 2 auf 2,2 Lohnprozente. Auf höheren, nicht versicherten Einkommen von 126'000 bis 350'000 Franken wird zudem ein Solidaritätsprozent erhoben. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung zurück an den Ständerat.
- **Nationalrat beschliesst Erhöhung der Wasserzinsen:** Der Nationalrat hat eine Erhöhung der Wasserzinsen für die Wasserkraftkantone beschlossen. Nach dem Willen des Gesetzgebers können die Wasserzinsen nun ab 2011 von bisher maximal 80 Franken auf bis maximal 100 Franken und ab 2016 auf bis 110 Franken erhöht werden. Brisanter als die Erhöhung der Wasserzinsen ist der zweite Teil der Vorlage. Nach dem Willen der nationalrätlichen Kommission sollte der erst Anfang Jahr eingeführte Preiszuschlag für die Einspeisevergütung für Strom aus erneuerbaren Energien maximal verdoppelt werden (von derzeit 0,6 auf 1,2 Rappen pro Kilowattstunde). Der Nationalrat trat auf diesen zweiten Teil der Vorlage ein. In der Detailberatung setzte sich der Kompromissantrag von Kollege Leutenegger (FDP / ZH) mit 99 zu 93 Stimmen durch, welcher den Zuschlag auf 0,9 Rappen pro Kilowattstunde beschränkt. In der Gesamtabstimmung wurde die Vorlage mit 135 zu 49 Stimmen angenommen. Sie geht nun an den Ständerat, welcher über diese Erhöhung der Einspeisevergütung zu befinden hat.
- **Keine Gratis-Werbespots für Parteien:** Im Nationalrat haben wir mit 119 zu 58 Stimmen Nichteintreten auf eine Parlamentarische Initiative von Andreas Gross (SP / ZH) beschlossen. Diese Initiative verlangt gesetzliche Rahmenbedingungen für faire Abstimmungskampagnen und die Stärkung der Position der Parteien als Träger der politischen Meinungsbildung. Gemäss dem Vorschlag sollten Referendumskomitees und Parteien die Möglichkeit erhalten, Gratiswerbespots in Radio und Fernsehen zu schalten. Die Vorlage wurde ganz im Sinne unserer Fraktion FDP-Liberale abgelehnt, denn diese hätte zu einer Diskriminierung von Komitees geführt und hätte einen verzerrenden Eingriff in die politische Meinungsbildung bedeutet.
- **Bildungsaustausch mit der EU:** Gemäss dem Willen des Nationalrats soll sich die Schweiz aktiver an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU beteiligen. Hierzu wird eine Agentur geschaffen, die von der CH-Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit aufgebaut wird. Der Nationalrat stimmte im Sinne meiner Fraktion FDP-Liberale dem Kredit von 111 Millionen Franken für die Jahre 2011-2013 deutlich zu (mit 120 zu 48 Stimmen).
- **Mehr warme und weniger kalte Betten:** Im Nationalrat haben wir eine Änderung des Raumplanungsrechts beraten, die das Problem der Zweitwohnungen angeht. Mit der neuen Regelung werden die Kantone verpflichtet, in ihren Richtplänen diejenigen Gebiete zu bezeichnen, in denen besondere Massnahmen notwendig sind, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Erst- und Zweitwohnungen sicherzustellen. Dabei beschränkt sich der Bund auf den Erlass von

Rahmenbedingungen. Die konkreten Massnahmen zu deren Umsetzung werden den Kantonen überlassen. Im Sinne der FDP-Liberale Fraktion wurde diese Regelung angenommen.

- **Nationalrat macht Volksentscheid rückgängig:** Am 17. Mai 2009 hat das Schweizer Stimmvolk knapp für die Einführung von biometrischen Pässen und für die Speicherung der Daten in einer zentralen Datenbank gestimmt. Mit 144 zu 41 Stimmen gab der Nationalrat einer parlamentarischen Initiative seiner Staatspolitischen Kommission Folge, wonach der Bund auf die Errichtung der Datenbank verzichten soll.
- **Mehr Wettbewerb auf dem Hörgerätemarkt:** Der Nationalrat hat eine Parlamentarische Initiative gutgeheissen, die mehr Wettbewerb im Hörgerätemarkt fordert. Demnach soll der Bundesrat dem Parlament eine Vorlage unterbreiten, die im Bereich der Hilfsmittel in der IV und AHV den Markt stärkt und mehr Wettbewerb bringt. Die Motion wurde mit 99 zu 67 Stimmen angenommen.
- **Änderung beim Konkursprivileg:** Im Nationalrat haben wir mit 117 zu 37 Stimmen einer Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs zugestimmt. Gemäss der Vorlage sollen die Löhne von Angestellten nur noch bis zum Betrag von 126'000 Franken im Konkursfall in der ersten Klasse privilegiert werden. Für Ansprüche aus Sozialplänen soll unter gewissen Voraussetzungen auch zukünftig das unbeschränkte Konkursprivileg gelten. Die Vorlage geht nun zur Beratung an den Ständerat.
- **Kinderzulagen für Selbständige:** Der Nationalrat beschloss, die 2006 vom Volk angenommene Regelung für Familienzulagen auf Selbständigerwerbende auszudehnen. Finanziert werden die Zulagen durch einkommensabhängige Beiträge der Selbständigerwerbenden.

4) Ständerat

- **Die FDP. Die Liberalen stellen mit Erika Forster die neue Ständeratspräsidentin:** Mit einem Glanzresultat von 43 von 44 gültigen Stimmen wählte der Ständerat Fraktionskollegin Erika Forster (FDP / SG) zur Präsidentin. Mit den gleichen Resultaten wurden Hans-Heiri Inderkum (CVP / UR) zum ersten und Fraktionskollege Hans Altherr (FDP / AR) zum zweiten Vizepräsidenten des Ständerats gewählt.
- **Ausschaffungsinitiative wird vertieft geprüft:** Der Ständerat hat die Ausschaffungsinitiative der SVP unter dem Eindruck des Resultats der Anti-Minarett-Initiative zu einer vertieften Beurteilung an seine Staatspolitische Kommission zurückgewiesen. Die Kommission soll die Gültigkeit der Initiative vertieft prüfen. Zudem soll die Kommission auch die Möglichkeit eines direkten Gegenvorschlags evaluieren. In der Debatte forderte keiner der Votanten eine sofortige Änderung der gegenwärtigen Praxis der Überprüfung von Volksinitiativen. Im Vordergrund stand vielmehr die Frage, ob man dem Stimmvolk einen direkten Gegenvorschlag zur Initiative unterbreiten sollte. Bisher liegt ein indirekter Gegenvorschlag des Bundesrates vor, welcher von der vorberatenden Kommission unterstützt wird. Mit 30 zu 6 Stimmen erteilte der Ständerat seiner Kommission schliesslich den Auftrag, die Völkerrechtskonformität sowie die Möglichkeit eines direkten Gegenvorschlags vertieft zu prüfen.
- **Gentech-Moratorium verlängert:** Die kleine Kammer hat als Erstrat das Gentechgesetz beraten. Noch bis Ende November 2010 gilt für die Landwirtschaft das Gentech-Moratorium. Der Ständerat hat entgegen dem Willen der FDP das Moratorium um weitere drei Jahre (bis Ende 2013) verlängert. Der entsprechenden Änderung stimmte der Rat mit 23 zu 14 Stimmen zu. Die Vertreter der FDP-Liberalen setzten sich damit vergeblich für den Forschungs- und Wissenschaftsplatz Schweiz ein. Denn die Verlängerung des Moratoriums setzt ein falsches Signal und die Schweiz droht den Anschluss an die grüne Gentechnik zu verlieren. Die Revisionsvorlage wurde in der Gesamtabstimmung mit 22 zu 13 Stimmen angenommen. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat, wo ich mich dafür einsetzen werde, dass ein Signal für den Forschungsplatz Schweiz ausgesandt und das Moratorium abgelehnt wird.
- **Steuergerechtigkeitsinitiative abgelehnt:** Der Ständerat hat sich als Erstrat mit der SP-Initiative „Für faire Steuern“ beschäftigt. Die Initiative verlangt eine materielle Steuerharmonisierung und damit eine massive Einschränkung des Steuerwettbewerbs zwischen den Kantonen.

Der Ständerat hat die Initiative deutlich und im Sinne der meiner Fraktion FDP. Die Liberalen mit 30 zu 9 Stimmen abgelehnt.

- **Zögerlicher Ständerat bei der Postmarktöffnung:** Der Ständerat hat als Erstrat das Postgesetz beraten, das die Grundversorgung gewährleisten und die weitere Marktöffnung vorbereiten soll. Die kleine Kammer folgte grösstenteils den Anträgen des Bundesrats. Allerdings soll der Briefmarkt nicht wie ursprünglich geplant bis 2012 vollständig liberalisiert werden. Stattdessen schlägt der Ständerat ein zweistufiges Verfahren vor: in einem ersten Schritt soll die Postgesetzgebung revidiert werden. Erst ein Jahr nach Inkraftsetzung der neuen Gesetzgebung soll über die vollständige Marktöffnung entschieden werden. Die Vorlage geht nun zur Beratung an den Nationalrat.
- **Postorganisationsgesetz passiert Erstrat:** Neben der Briefmarktöffnung stand im Ständerat auch das Postorganisationsgesetz auf dem Programm. Dieses Gesetz sieht vor, die Schweizerische Post in eine spezialgesetzliche Aktiengesellschaft umzuwandeln, wobei dem Bund eine kapital- und stimmenmässige Mehrheit gesichert wird. Die Postfinance wird gemäss dem Entwurf in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft ausgegliedert, an welcher die Post die Mehrheit halten muss. Postfinance wird zudem der FINMA unterstellt. Der Ständerat erteilte der Idee einer Postbank eine Absage und erteilte Anträgen, die Geschäftstätigkeit der Postfinance im Bereich der Finanzdienstleistungen auszuweiten (Vergabe von Hypothekarkrediten, Firmen- und Privatkrediten) eine deutliche Absage. Das Postorganisationsgesetz geht nun an den Nationalrat.
- **Revision des Energiegesetzes:** Der Ständerat hat als Erstrat die Teilrevision des Energiegesetzes beraten und einstimmig gutgeheissen. Ziel der Neuerungen ist eine verbesserte Energieeffizienz. Der Gebäudeenergieausweis soll demnach landesweit einheitlich ausgestaltet sein. Die Kantone sollen für Information, Beratung, Aus- und Weiterbildung im Gebäudebereich Globalbeiträge erhalten. Die Vorlage geht an den Nationalrat.
- **Kein freier Büchermarkt:** Der Ständerat hat sich wie davor der Nationalrat für eine Wiedereinführung der 2007 aufgehobenen Buchpreisbindung ausgesprochen. Mit 23 zu 15 Stimmen beschloss die kleine Kammer, auf die vom Nationalrat gutgeheissene Vorlage einzutreten. Diese sieht vor, dass die Bücherpreise durch Verleger und Importeure festgelegt werden. Der Bundesrat wandte sich vergeblich gegen die Wiedereinführung der Buchpreisbindung. Auch die Tatsache, dass die Wettbewerbskommission die Buchpreisbindung bereits 1999 als unzulässig taxiert hatte, eine Auffassung, die vom Bundesgericht 2007 bestätigt wurde, beeindruckte die Mehrheit des Ständerates nicht. Die Vorlage geht nun an die vorberatende Kommission des Nationalrats, welche die Details der Vorlage zu beraten hat.
- **Ständerat verabschiedet Rechnungslegungsrecht:** Der Ständerat hat als Erstrat das Rechnungslegungsrecht für Unternehmen (der zweite Teil der Vorlage Aktien- und Rechnungslegungsrecht) einstimmig verabschiedet. Dabei hat die kleine Kammer einige Änderungen am Entwurf des Bundesrates vorgenommen. Umstritten war insbesondere, ab welchem Schwellenwert ein Unternehmen eine Jahresrechnung mit Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang vorlegen muss. Der Bundesrat wollte diese Schwelle bei 100'000 Franken Umsatz festlegen. Damit hätte für 170'000 Gesellschaften die Rechnungslegungspflicht gegolten, was von Seiten der KMU-Vertreter kritisiert wurde. Im Ständerat setzte sich schliesslich der Antrag durch, wonach diese Schwelle bei 250'000 Franken Jahresumsatz liegen soll. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.
- **Stempelsteuer-Revision:** Mit 23 zu 0 Stimmen hat der Ständerat eine Stempelsteuer-Revision beschlossen. Mit dieser sollen ausländische Banken und Börsenagenten, die Mitglieder der Schweizer Börse sind, von der Stempelsteuer befreit werden. Damit soll das Handelsvolumen in der Schweiz gehalten bzw. aus dem Ausland zurückgeholt werden. Unter dem Strich sollte sich die Reform positiv auf die Steuereinnahmen auswirken.
- **Verlängerung des Aufenthalts von Studenten:** Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat einer Motion zugestimmt, welche verlangt, dass die Aufenthaltsdauer für ausländische Studenten über die derzeit vorgesehenen acht Jahre hinaus verlängert werden kann.